EP-WS-01-021

Was uns schützt.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu EP-WS-01

Von Zeile 20 bis 22:
starkes und geeintes Europa die Sicherheit bieten, nach der sich so viele Menschen sehnen. Denn wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die ~~der Europäischen Union~~des „gemeinsamen Hauses Europa“ erst an.

Begründung

Wir wissen, dass ein geeintes Europa alle europäischen Staaten benötigt und nicht nur die, die in der Europäischen Union vereinigt sind. Das haben vor über 30 Jahren, im November 1990, die NATO-Staaten, die Staaten der ehemaligen Warschauer Vertragsorganisation und der blockfreien Länder Europas in ihrer Pariser „Charta für ein neues Europa“ so festgestellt. Sicherheit geht nur miteinander, nicht gegeneinander.

Russland führt derzeit einen schrecklichen Krieg gegen die Ukraine. Das ist durch nichts zu rechtfertigen. Der Aggressor Russland muss sich zurückziehen, einen Waffenstillstand mit der Ukraine vereinbaren und in Friedensgesprächen zu einem guten Miteinander kommen.

Aber auch der Westen hat Fehler gemacht. Ja, es waren die Entscheidungen von mitteleuropäischen Staaten, eine Mitgliedschaft in der NATO zu beantragen. Aber nach der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation hätte sich gemäß der „Charta für ein neues Europa“ auch deren westliches Gegenstück, die NATO, auflösen können und müssen. Denn der Kalte Krieg war, wie Politiker:innen aus Ost und West öffentlich betonten, vorbei. Und in den alten NATO-Staaten hätte man – auch in Bezug auf die Pariser Charta – die Mitgliedsanträge ablehnen können. Aber der Westen hat die „Charta für ein neues Europa“ schlicht „vergessen“.

Wir sollten uns dafür einsetzen, dass nach einer schnellstmöglichen Beendigung des Krieges ohne weitere Eskalationen durch weitere Waffenlieferungen das „gemeinsame Haus Europa“ im Sinne Michail Gorbatschows wieder aufgebaut wird. So könnte die OSZE wiederbelebt werden oder ein anderes dauerhaftes Austauschformat zwischen den europäischen Staaten geschaffen werden. Vor allem sollten wir uns dafür einsetzen, den Konflikt mit Russland, der nach Beendigung des Krieges vermutlich weiter schwelen wird, schrittweise beizulegen.

weitere Antragsteller*innen

Martin Pilgram (KV Starnberg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Oliver Haas (KV München); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Thomas Mohr (KV München); Dorothea Martin (KV Barnim); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Finn Schwarz (KV Tübingen); Michael Kosthorst (KV Wesel); Gisela Kainz (KV München); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Maria Regina Feckl (KV Erding); Karl-Wilhelm Koch (KV

Vulkaneifel); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.